DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT 17.12.2021 | Jeffrey A. Singer

Berauschende Aussichten

Die Ampel-Koalition will in Deutschland Cannabis legalisieren. Eine gute Idee? Ein Blick über den Atlantik auf die Erfahrungen der USA.

Unter der neuen Koalitionsregierung könnte Deutschland – nach Malta – bald zum zweiten europäischen Land werden, das Cannabis legalisiert. Damit wäre Erwachsenen die Herstellung, der Vertrieb und der Konsum von Cannabis für den Freizeitgebrauch erlaubt. Der Rest Europas könnte bald nachziehen – und das Ende des irrationalen Verbots einer Pflanze beschleunigen, welche die Menschen seit Jahrhunderten als Medizin und Genussmittel nutzen.

Zwar haben bereits mehrere europäische Länder Cannabis entkriminalisiert, doch legalisiert hat es bislang nur Malta. Dabei ist der Unterschied maßgeblich: Die Entkriminalisierung ist sicherlich besser als Menschen wegzusperren, die dieses uralte Kraut dem Alkohol als Rauschmittel vorziehen, aber die Legalisierung macht diese Entscheidung für Erwachsene viel sicherer. Bei Drogen, die auf dem Schwarzmarkt erworben werden, kann man sich nie auf Dosis und Reinheit verlassen. Die Legalisierung führt zu Transparenz und Verantwortlichkeit. Niemand, der ein alkoholisches Getränk kauft, macht sich jemals Gedanken darüber, ob die Angaben zum Alkoholgehalt und Inhaltsstoffen stimmen.

Uruguay war 2013 das erste Land weltweit, das Cannabis für den Freizeitgebrauch legalisierte. Ein Jahr zuvor hatten dies die US-Bundesstaaten Colorado und Washington bereits getan. Bis heute ist die Vorgehensweise in den USA von den krassen Gegensätzen zwischen den Regelungen auf Bundesebene und denen der Bundesstaaten geprägt. 18 Bundesstaaten und der *District of Columbia* haben Cannabis für den Freizeitgebrauch inzwischen legalisiert, weitere haben den einfachen Besitz entkriminalisiert. Auf Bundesebene ist Cannabis allerdings immer noch als „*Schedule 1*“-Droge klassifiziert, also als Substanz „ohne anerkannte medizinische Verwendung und mit hohem Missbrauchspotenzial“.

Bei Drogen, die auf dem Schwarzmarkt erworben werden, kann man sich nie auf Dosis und Reinheit verlassen. Die Legalisierung führt zu Transparenz und Verantwortlichkeit.

Die Sucht meines Landes nach Cannabisprohibition hat ihre Wurzeln in den frühen 1930er Jahren. Vor dem Hintergrund des nahenden Endes der Alkoholprohibition zettelte damals Harry Anslinger, der Leiter des neu gegründeten *Federal Bureau of Narcotics*, mit einer aggressiven Propagandakampagne einen Krieg gegen Cannabis an. Cannabis-Konsum wurde weitgehend mit Schwarzen und Latinos assoziiert und Anslinger schlachtete rassistische Vorurteile aus, um gezielt Desinformation und Angst zu verbreiten.

Bis heute ist die Strafverfolgung bei Cannabisdelikten in den USA geprägt von rassistischen Diskrepanzen. Der Trend zur Entkriminalisierung oder Legalisierung in den Bundesstaaten hat hierauf bundesweit gesehen leider keine positiven Auswirkungen gezeigt. Zwar verzeichnen die meisten Bundesstaaten, in denen Cannabis legal ist, niedrigere Inhaftierungsraten und sinkende ethnische Diskrepanzen. In einigen anderen dagegen – beispielweise Maine und Massachusetts – stiegen letztere mit der Legalisierung jedoch sogar noch an. Dies ist wahrscheinlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass ein Großteil des Strafrechtssystems aus der sogenannten Jim-Crow-Ära stammt – der Zeit, in der US-Gesetze die Rassentrennung festschrieben und zur juristischen Verfestigung von strukturellem Rassismus beitrugen.

Trotz der Legalisierungswelle auf Bundesstaatenebene und der Tatsache, dass Umfragen immer wieder zeigen, dass zwei Drittel der Amerikaner die Freigabe befürworten, geht die Strafverfolgung in eine andere Richtung. Die Festnahmen im Zusammenhang mit Cannabis stiegen in den USA von 2018 auf 2019 um 9 Prozent. 92 Prozent der Verhaftungen erfolgten wegen einfachen Besitzes. Da Cannabiskonsum weit verbreitet ist, sind damit verbundene Verhaftungen für die Strafverfolgungsbehörden einfacher zu bewerkstelligen. Dadurch werden Aufmerksamkeit und Ressourcen von der Verfolgung „härterer“ Drogen wie Heroin und Fentanyl weggelenkt. 43 Prozent aller drogenbezogenen Verhaftungen in den USA betrafen 2018 Cannabis – in Deutschland sind es sogar 64 Prozent. Schwarze wurden in den USA trotz vergleichbarer Konsumraten 3,64-mal häufiger verhaftet als Weiße.

Bis heute ist die Strafverfolgung bei Cannabisdelikten in den USA geprägt von

Gegner einer umfassenden Legalisierung verweisen auf eine Reihe möglicher Risiken. Hierzu zählt beispielsweise der unterstellte Zusammenhang zwischen Cannabiskonsum und Selbstmord. Zwar gibt es begrenzte

rassistischen Diskrepanzen.

Studien, die einen solchen feststellen wollen, andere belegen jedoch genau das Gegenteil. In einer Längsschnittanalyse aller 50 Bundesstaaten und des *District of Columbia* haben meine Kollegen und ich keine negativen Auswirkungen der Liberalisierung der Cannabisgesetze in den US-Bundesstaaten auf die psychische Gesundheit feststellen können. Wir fanden sogar Hinweise darauf, dass der Zugang zu Cannabis als Genussmittel die Selbstmordrate bei Männern mittleren Alters verringert.

Einige Legalisierungsgegner äußern berechtigte Bedenken hinsichtlich eines erhöhten Risikos von Verkehrsunfällen. Untersuchungen aus Washington und Colorado, den ersten US-Bundesstaaten, die Cannabis für den Freizeitgebrauch legalisierten, haben jedoch keine signifikanten Veränderungen der Cannabis- oder alkoholbedingten Verkehrstoten festgestellt. Weitere Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass es sicher ist, unter dem Einfluss von Cannabidiol (CBD) und geringen Mengen des Cannabiswirkstoffes THC Auto zu fahren.

Nicht außer Acht gelassen werden darf bei der Abwägung der Legalisierung der medizinische Nutzen von Cannabis. Zahlreiche Studien legen nahe, dass der Cannabiskonsum bei der Behandlung von Schmerzen hilfreich sein kann und somit einen Beitrag zur Reduzierung des Opioideinsatzes leisten kann.

43 Prozent aller drogenbezogenen Verhaftungen in den USA betrafen 2018 Cannabis – in Deutschland sind es sogar 64 Prozent.

Mit Blick auf die Regulierung der Cannabisindustrie gibt es zwischen den US-Bundesstaaten große Unterschiede, vor allem bei der Besteuerung. Dies bleibt nicht ohne Folgen. Bundesstaaten, die den Steuersatz für den legalen Cannabiskauf zu hoch ansetzen, treiben Konsumenten zurück zu ihren alten Schwarzmarktkontakten. Die unbeabsichtigte Konsequenz einer überhöhten Besteuerung sind eine Schwächung des legalen Marktes zugunsten des Schwarzmarkts und niedrigere staatliche Einnahmen. Auch eine übermäßige Regulierung der Cannabisindustrie kann zu unerschwinglichen Kosten für die Einhaltung der Vorschriften führen. Große Akteure im kommerziellen Cannabisgeschäft können diese Hindernisse überwinden. Aber kleinere

> Unternehmen, die häufig von Angehörigen ethnischer Minderheiten geführt werden, können es sich oft nicht leisten, die regulatorischen Anforderungen zu erfüllen. Dies treibt viele kleine Betriebe auf den Schwarzmarkt und schränkt Auswahl und Wettbewerb auf dem legalen Markt ein.

Präsident Biden steht einer Legalisierung auf Bundesebene nach wie vor kritisch gegenüber, unterstützt aber die Entkriminalisierung. Das Thema ist bei weitem nicht mehr so polarisierend, wie es einmal war. Die parteiübergreifende Unterstützung für eine bundesweite Legalisierung wächst. Im Kongress sympathisieren viele mit dem Vorschlag, die Regelung vollständig an die Bundesstaaten zu übertragen. Auch wenn sich die Parteien über die Details nicht einig sind, ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann und in welchem Umfang sich die USA in Richtung Legalisierung bewegen.

Deutschland sei in Europa und weltweit ein Vorreiter mit Blick auf Strategien der Schadensminderung bei illegalem Drogenkonsum, lobte die NGO *Harm Reduction International* vor einiger Zeit. Der effektivste Weg, den Schaden durch Cannabis zu reduzieren, ist seine Legalisierung. Deutschland könnte mit diesem Schritt nicht nur Europa in diese Richtung führen. Er könnte auch der amerikanischen Legalisierungsbewegung den Schwung geben, um über die Ziellinie zu gelangen.



Jeffrey A. Singer
Phoenix, Arizona

Jeffrey A. Singer ist *Senior Fellow* im *Department of Health Policy Studies* am libertären *Cato Institute* in Washington, DC. Seit mehr als 35 Jahren ist er als Chirurg tätig und ist Gründer und *President Emeritus* der größten chirurgischen Privatklinik in Arizona.